

## NACHLESE

## Rote Mottenkiste I

Die SP schäumt und spricht von Betrug und Diebstahl der Reichen: Die aktuelle Diskussion um die wirklichen und vermeintlichen Folgen der Unternehmenssteuerreform II ist geprägt von gehässigen Spekulationen über mögliche Einnahmehausfälle des Bundes. Die roten Kritiker machen Wahlkampfstimmung und stellen das Kapitaleinlageprinzip in Frage, das sie seinerzeit in der Vernehmlassung zur Gesetzesrevision ausdrücklich begrüsst haben (wie übrigens auch die Grünen). Tatsächlich kann es keinen Zweifel geben, dass die Steuerneutralität der Rückzahlung von Agio an die Aktionäre sachlich richtig ist. Damit wird kein «Steuer geschenk» für die Grossen gemacht, sondern schlicht allgemein eine Doppelbelastung beseitigt. Das folgende Beispiel zeigt, das auch ein KMU-Betrieb von dieser Regelung profitiert:

A. Muster hat von seinem Vater die Schreinerei AG übernommen. Der Maschinenpark bedarf dringend der Erneuerung. Die Bank ist bereit, ein Darlehen zu geben, sofern A. Muster die Eigenkapitalbasis der Schreinerei AG stärkt. Um Kosten und Hürden einer Kapitalerhöhung zu vermeiden, legt A. Muster 200 000 Franken ins Agio (Reserven) ein.

Die Investitionen lohnen sich. Zuerst wird der Bankkredit zurückbezahlt, und anschliessend kann sich A. Muster seine Einlage wieder zurückzahlen lassen. Nach altem Recht musste er auf der Rückzahlung seiner Einlage Einkommenssteuern bezahlen. Die Unterstützung seiner Schreinerei AG kostete ihn möglicherweise 50 000 Franken oder mehr, obwohl er dabei nichts verdiente. Nach neuem Recht kann A. Muster das Geld, das er seiner Gesellschaft als Eigenkapital zur Verfügung gestellt hat, ohne Steuerfolgen wieder zurücknehmen.

## Rote Mottenkiste II



Dass die Schweiz eine neue Finanzierung der vielen anstehenden Verkehrsprojekte braucht, ist unbestritten. Weitgehende Einigkeit besteht auch darin, dass die Betroffenen – also die Verkehrsteilnehmer – die Hauptlast der teuren Reform tragen sollen. Anders sieht es der Direktor des Bundesamtes für Verkehr, Peter Fuglistaler, (Bild). In einem Interview mit der «NZZ» griff der ehemalige SBB-Mann tief in die planwirtschaftliche Mottenkiste und plädierte für eine sozialistische Überwälzung der Ausfälle, die durch die Reduktion der Steuerabzüge für Pendler entstehen. Originalton: «Der Mehraufwand der Pendler ist nicht vom Staat über Steuern auszugleichen, sondern allenfalls von den Arbeitgebern. Schliesslich profitieren sie von der Mobilität ihrer Angestellten.» Ob diese eigenartige Interpretation der Entstehung von Mehrwerten auf Kosten der Wirtschaft von Bundesrätin Doris Leuthard geteilt wird, ist nicht bekannt. Man weiss hingegen ganz genau, dass die Verkehrsministerin Chefbeamte nicht sonderlich mag, die ihr Departement eigenmächtig auf einen bestimmten (Links-)Kurs verpflichten möchten.

## Schildbürgerstreich

National- und Ständerat überlassen den letzten Entscheid über die Buchpreisbindung wohl dem Stimmvolk: Die beiden Kammern haben das entsprechende Gesetz trotz viel Druck gugeheissen. Und siehe da: Das Referendum ist bereits lanciert: Mit dem Slogan «Nein zu teuren Büchern» bekämpft ein Komitee aus Vertretern der Jungparteien von FDP und SVP sowie Exponenten der Grünliberalen und der Piratenpartei die Buchpreisbindung. Mit der Unterschriftensammlung wird nächste Woche begonnen. Die Referendumsführer sprechen von einem «ordnungspolitischen Sündenfall» und einem «Schildbürgerstreich». Das Argument, die Buchpreisbindung garantiere ein vielfältiges Bücherangebot, lassen sie nicht gelten. Der sgv will die Unterschriftensammlung nicht aktiv mittragen, wird das Referendum jedoch mit entsprechenden Beiträgen in seinen Presseorganen unterstützen.

**GREGOR RUTZ** – Das Vorstandsmitglied der «Aktion Medienfreiheit» stört sich an der Übermachtstellung der SRG.

# «Die SRG ist schlecht geführt»



«Die Existenz der unzähligen, gebührenfinanzierten SRG-Sender verfälscht den Wettbewerb und gefährdet die Existenz privater Anbieter», sagt SVP-Medienexperte Gregor Rutz.

**Gewerbezeitung:** Wenn Sie den Betrag Ihrer Radio- und Fernsehgebühren selber setzen könnten: Wie viel Geld wäre Ihnen das öffentlich-rechtliche Programmangebot wert?

■ **Gregor Rutz:** Als Konsument bin ich in erster Linie an einem breiten, vielfältigen Programmangebot interessiert. Dies muss nicht zwingend durch öffentlich-rechtliche Sender sichergestellt werden. Im Gegenteil: Wenn private Stationen ein gutes Programm anbieten, braucht es keine staatlichen Institutionen, welche dies ebenfalls tun.

## «DIE GEBÜHREN KÖNNTEN MAN AUS MEINER SICHT DEUTLICH SENKEN»

Die SRG hat den Auftrag, die Grundversorgung sicherzustellen: In der ganzen Schweiz muss im Bereich Information ein sinnvolles Grundangebot vorhanden sein. Zudem hat die SRG gewisse Aufgaben im kulturellen Bereich. Die heutigen Aktivitäten der SRG gehen aber weit über das Notwendige hinaus. Die teuren Unterhaltungssendungen, aber auch ausländische Serien gehören meines Erachtens nicht zum «Service public».

Darum könnte man die Gebühren aus meiner Sicht deutlich senken. Die Petition «200 Franken sind genug» ist ein spannender Ansatz. Eine solche Regelung würde die SRG, aber auch die Politik zwingen, einmal über den genauen Auftrag der öffentlich-rechtlichen Sender nachzudenken.

**Wäre in Anbetracht des immer grösser werdenden Programmangebots der SRG nicht eine Gebührenerhöhung angebracht?**

■ Nein, auf keinen Fall. Dass das Angebot der SRG immer mehr wächst, ist ein Fehler. Wir haben genug private Radio- und Fernsehsender, welche ein abwechslungsreiches Pro-

gramm anbieten. Die übermächtige Stellung der SRG schränkt die privaten Stationen massiv ein.

Die SRG betreibt heute 8 Fernseh- und 18 Radiosender. Dazu kommen ergänzend Internetseiten und Teletextdienste. Die Angebote im Internetbereich konkurrieren zunehmend auch die Printmedien. Die Verleger sitzen klar am kürzeren Hebel und müssen Einbussen hinnehmen. Ich sehe nicht ein, warum die SRG beispielsweise im Radiobereich unnötig private Sender konkurriert. Das Jugendprogramm «Virus» wurde gezielt als Gegenprodukt zum privaten «Radio 105» ins Leben gerufen. Mit der «Musikwelle 531» wollten die SRG-Verantwortlichen dem «Radio Eviva» die Hörer abjagen. Und DRS 3 war damals die Antwort auf die zahlreichen lokalen Radiosender. Kurz gesagt: Die Existenz der unzähligen, gebührenfinanzierten SRG-Sender verfälscht den Wettbewerb und gefährdet die Existenz privater Anbieter. Dies ist weder im Interesse der Gebührenzahler noch im Interesse der vielbeschworenen «nationalen Kohäsion».

**Hat die SRG mit der Fernseh- und Radiokonvergenz nicht schon genug Sparwillen gezeigt?**

■ Nein, im Gegenteil: Meines Erachtens ist die SRG schlecht geführt und hat ihre Finanzen nicht im Griff. Seit Jahren steigen die Empfangsgebühren für Radio und Fernsehen. Heute zahlen wir bereits über 460 Franken

## «DASS DAS ANGEBOT DER SRG IMMER MEHR WÄCHST, IST EIN FEHLER»

pro Jahr. So erhält die SRG jährlich über eine Milliarde Franken aus Gebührenzahlern. Hinzu kommt eine weitere halbe Milliarde Franken an Werbeeinnahmen und anderen Einkünften. Trotzdem hat es die SRG

geschafft, in den vergangenen Jahren einen Reinverlust von weit über 150 Millionen Franken zu akkumulieren. Dass für diese Fehlkalkulationen nun die Gebührenzahler einstehen sollen, ist absurd.

**Wo sehen Sie Sparpotential bei der Einziehung der Gebühren?**

■ Die von uns geforderte Umstellung zur Jahresrechnung bringt bereits massive Einsparungen. Nun muss der entsprechende Überschuss von 10 Millionen Franken – aber auch die nicht ausbezahlten Gebührgelder von 67 Millionen Franken – den Gebührenzahlern zurückerstattet werden. Eigentlich braucht es die Billag gar nicht, denn diese Firma wurde einzig für das Gebühreninkasso gegründet. Eine Möglichkeit wäre etwa, die Gebührenrechnung zusammen mit der Steuerrechnung zu versenden. So könnte man wahrscheinlich weitere Einsparungen erzielen. Möglich wäre auch, die Gebühren überhaupt abzuschaffen und die Tätigkeiten, welche unter den «Service public» fallen, direkt aus Steuergeldern zu finanzieren. Dies hätte zwei Vorteile: Der Inkassoaufwand fiel weg. Gleichzeitig hätte das Parlament eine bessere Kontrolle darüber, was unter dem Titel «Service public» gemacht wird.

**Hätte die Politik damit nicht einen zu grossen Einfluss auf die Medien?**

■ Nein. Wir haben heute eine verkehrte Welt: Wir reden zwar über die Unabhängigkeit der Medien, aber schränken diese immer mehr ein. Private Sender erhalten Gebührgelder, brauchen dafür eine Konzession und erhalten dann ein Sendegebiet und einen Konzessionsauftrag zugewiesen. Dies alles wird staatlich kontrolliert. Gleichzeitig macht die SRG, was sie will. Eigentlich müsste es umgekehrt sein: Die privaten Sender müssten finanziell unabhängig sein und punkto Programm, Sendegebiet und Werbe-

bestimmungen eine maximale Freiheit geniessen. Der Auftrag für die öffentlich finanzierten SRG-Sender hingegen müsste genau formuliert und eingeschränkt werden.

**Was halten Sie von der Idee, die 57 zu viel eingezogenen Billag-Millionen in Kurse für Journalisten zu investieren?**

■ Die zu viel eingezogenen Billag-Millionen müssen den Gebührenzahlern zurückerstattet werden, das ist klar. Es geht nicht an, dass staatliche

## «MEINES ERACHTENS IST DIE SRG SCHLECHT GEFÜHRT UND HAT IHRE FINANZEN NICHT IM GRIFF»

Stellen Geld äufnen, das sie nicht benötigen. Einerseits ist es falsch, die Journalistenausbildung mit staatlichen Mitteln zu finanzieren oder zu subventionieren – so werden neue Abhängigkeiten geschaffen. Zudem ist es wirklich nicht die Aufgabe der Gebührenzahler, die Ausbildung der Journalisten zu finanzieren!

**Wie zufrieden sind Sie mit dem Zustand des Schweizer Journalismus?**

■ Viele Journalisten sind heute zu unkritisch und zu oberflächlich. Das finde ich schade. Ich staune immer wieder, wie eine Zeitung bei der anderen abschreibt – bald steht überall dasselbe. Und zwar nicht nur bei den Berichterstattungen, auch bei den Kommentaren. Das Bundesgericht hat 1911 in einem Entscheid festgehalten, die Presse habe den Auftrag, auf die praktische Lösung eines die Öffentlichkeit beschäftigenden Problems hinzuwirken und «allfällige Missbräuche im Gemeinwesen» aufzudecken. Diesen Grundsatz müsste man heute wieder mehr ins Zentrum journalistischer Arbeit stellen.

Interview: Matthias Engel

## ZUR PERSON

Gregor Rutz ist selbständiger Unternehmer und führt seit 2008 eine eigene PR-Agentur in Zollikon. Als Jurist arbeitete er zunächst an der Universität Fribourg. Nebenamtlich war er als Dozent für Handelsrecht, Staatsrecht und Wirtschaftskunde tätig. Als langjähriger Generalsekretär der SVP (2001–2008) und als ehemaliger Zürcher Verfassungsrat (2000–2005) kennt Rutz sowohl die Bundespolitik, aber auch die Zürcher Politik aus nächster Nähe. Heute bringt er seine politische Erfahrung als Vizepräsident der SVP Kanton Zürich oder auch als Geschäftsführer der IG Freiheit ein. Gregor Rutz ist Mitglied der bundesrätlichen Kommission zur Umsetzung der Ausschaffungsinitiative. Seine Schwerpunkte liegen in der Wirtschafts-, Finanz-, und Staatspolitik. Zudem engagiert er sich seit 1995 im Bereich Medienpolitik und ist Vorstandsmitglied der «Aktion Medienfreiheit».